

Er scheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Dietrich, Indusriefabrik
Niedbach-Zürich
Hoffendungen
franco gegen franco.
Groschulische Briefe
nach der Schweiz folgen
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements

werden aus dem Verlag und
desen bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Preussen (Kreuzband)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Kreuzband)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Kreuzband).

Inserate

Die dreizehnlige Zeile
25 Wk. — 20 Wk.

1881.

N. 18.

Sonntag, 1. Mai.

Preis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen
Verleger sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und
bei unsrer Verlagsanstalt verhängt worden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu tilgen, und letztere behutsam zu schließen. Hauptverpflichtung ist dies einzuleiten, doch unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverbottene
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dazu mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich bezw. größter
Sicherheit Kommandirung. Sowie an uns Briefe, welche wir gewiß weiter Mühe noch Kosten sparen, um trotz aller ent-
gegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

II. Quittungsliste.

Halberstadt 31.60, Harburg 17.70, Reisenberg B. 1.—, Leipzig 1.25,
Ramm 50.—, Breslau 62.30, Halberstadt 3.—, Leipzig 60.—, 3.40,
Großenhain 20.—, Delitzsch 1.75, Braunschweig 11.—, Bielefeld
14.—, Wülshausen i. Th. 3.—, München 40.—, Völsnitz 8.40, Rons-
dorf 18.50, Werba 11.—, Cels 3.20, Posen 12.—, Köln 10.—,
Freienheim 15.—, Paris 63.20, Erfurt 10.—, Leipzig 105.50,
Grosch 10.—, Zwenkau 3.—, Schmölln 5.—, Spremberg 20.—,
Kauzig 3.45, Hohenstein 3.—, Br. Halle 6.—, Köln 20.—, Aus
einer Stiftung 2000.—, Braunschweig 25.—, Pienburg 20.—, F.
E. London 204.—, Leipzig 220.—, Höchst 5.52, Bochum Reich 3.—,
Delitzsch 50.—, Ronsdorf 6.49, Lübeck 25.—, Mühlheim a. Rh. 8.10,
Balderhüdt 6.—, Striegau 6.75, Hirschberg i. Schl. 1.25, Kaisers-
lautern 15.—, Zürich 10.—, Schwabach 10.—, Heidelberg 12.—,
Kappel 5.—, Chemnitz 6.30, Neudorf a. S. 3.10, Dresden 10.—,
Wieschen 11.—, Glatzhammer 34.—, Rieburg 2.—, Würzburg 12.—,
Grazang 3.—, Eßlingen 17.—, Leipzig 1.80, Rittweida 19.75,
Chur, soj. Sektion: (Fr. 2. 25) Wk. 1.80, Pariser Genossen: (Fr. 73.—)
Wk. 58.40.— u. S. u. Freunde Wk. 13.—, Dtsche Soj. Cten: (Fr. —50)
Wk. —40, Fr. G. Aufferl.: (Fr. —50) Wk. —40, Deutscher Ver.
Winterthur: Selbstbeherrg.: (4. Cu. 80: Fr. 7.50, 1. Cu. 81: Fr. 7.50,
zur Christbaumfeier ges. Fr. 5.—, zur Märzieler ges. Fr. 18.—) Wk. 30.40,
Soj. Winterth.: d. W. S.: (Fr. 9.50) Wk. 7.60, Ungar. Gen. Budapest:
d. H. 1.50) Wk. 2.68, Fr. 500: Wk. 3.—, u. d. Waischen: Wk. 3.76,
Zürich, Casinoverammlung am 25./4.: (Fr. 312.60, abzüglich lokaler
Ausgaben Fr. 18.75) Wk. 296.88, E. B. Casinoverf. d. E. (Fr. 1.—)
Wk. —80, u. 5 Arb. der Schw. Vereinsbuchdruckerei, Selbstbeherrgung
(Fr. 7.40) Wk. 5.92.

Zusammen Wk. 3714.65
Früher eingegangen Wk. 21,389.53

Gesamteingang Wk. 25,104.18

Flugschriften-Fonds.

Deutsch. Ver. Wk.: (Fr. 2.50) Wk. 2.—, Soj. Wk. d. W. S.:
(Fr. 1.—) Wk. —80, Dtsch. Soj. Rheinischen: (Fr. 1.50) Wk. —96,
X. 3: Wk. 7.—, Für eine gerechte Verfassungsbüchle: (Fr. —50)
Wk. —40, —r—: (Fr. 3.—) Wk. 2.40, Ruff. Grenze 6: Wk. 3.—,
Dtsche Soj. Wk.: (Fr. —75) Wk. —60, Dtsch. Soj. Chur: (Fr. 3.—)
Wk. 2.40, —r—: Wk. 5.—, u. d. Waischen: Wk. 1.96, Ramm:
Wk. 7.— durch W. K. Basler Gen.: (Fr. 5.— durch C.) Wk. 4.—
Zusammen Wk. 37.52
Früher eingegangen „ 1025.18
Gesamteingang „ 1062.70

Allgemeiner Wahlfonds.

Dtsch. Arb.-Wkgs.-Ver. Chur: (Fr. 10.—) Wk. 8.—, „Schwarz“:
Wk. 5.—, Zusammen Wk. 13.—
Früher eingegangen Wk. 257.08
Zusammen Wk. 270.08

Agitationsfonds.

Potsdam: Wk. 10.—, Von Einem, der nicht genannt wird: Wk. 1.50,
u. Wk. bei einer festl. Gelegenheit ges.: Wk. 2.05, J. Kap. Winterthur:
(Fr. 3.00) Wk. 2.88, Rother Franz: (Fr. 1.—) Wk. —80, E.—:
Wk.: (Fr. 1.40) Wk. 1.12, G. ohne das versprochene Besondere:
(Fr. 5.—) Wk. 4.—, Zusammen Wk. 22.35
Früher eingegangen Wk. 56.—
Gesamteingang Wk. 78.35

Herr Puttkamer.

Die Brandrede, welche dieser preussische Kultusminister neulich
gegen die deutsche Sozialdemokratie vom Stapel gelassen, und für
welche ihm die besondere Gnade Kaiser Wilhelms geworden,
wird jetzt von der offiziellen „Provinzialkorrespondenz“ bis in die
kleinsten Dörfer hinein kolportirt, gewürzt mit den Zitaten aus
„Sozialdemokrat“ und „Freiheit“, ohne welche die Hörer
dieser „berühmten“ Rede schier vor Langeweile den Gähkrampf
bekommen hätten.

Wir sind über diese „Würzung“ durchaus nicht böse, im
Gegentheil, warum sollen die Leser der „Provinzialkorrespondenz“
nicht auch einmal etwas Interessantes zu Gesicht bekommen?
Es ist nur der famosen „Gleichheit vor dem Gesetz“ halber,
wenn wir konstatiren, daß die nichtamtliche „Provinzial-
korrespondenz“ ungestraft Sätze abdrucken darf, für deren Wieder-
gabe nach Herrn Puttkamer (siehe den Stenogr. Bericht S.
632) eine langjährige Gefängnis-, wenn nicht
Zuchthausstrafe zu gewärtigen ist, während alle nichtoffi-
ziellen Blätter für Zitate aus sozialistischen Organen unbarmerzig
konfisziert und bestraft werden, und während längst sogar eine
Proschäre, die weiter nichts enthält als den worigetreuen

Abdruck aller Reden, die in der betreffenden Sitzung über
den betreffenden Punkt gehalten wurden, auf Grund des Sozial-
listengesetzes verboten worden ist!

Aber noch einmal, wir sind über dieses Messen mit zweierlei
Maas durchaus nicht „empört“, es freut uns vielmehr, daß
jetzt so offen, so schamlos betrieben wird, was längst in Preussen
Sitte war.

„Je häßlicher wird ihr Gesicht,
Je mehr sucht sie des Tages Licht“

sagt der brave Valentin.

Um aber wieder auf bezagten — Puttkamer zurückzukommen,
warum wurde seine Rede nach allen Windrichtungen hin kol-
portirt? Weil sie zeigt, was für schändliche Grundsätze die deutsche
Sozialdemokratie hegt, mit welchen schändlichen Mitteln sie ihre
Ziele zu verwirklichen strebt. Ein verdienstvolles Werk, für wahr!

Aber wie, edler Wächter für preussische Sitte und Zucht, wenn
wir Ihnen nachweisen, daß alle schönen Dinge, die Sie der
Sozialdemokratie nachsagen, von Ihrem Herrn und Meister und seinen
Standesgenossen mit bewundernswürdiger Virtuosität praktiziert wurden
und werden? Daß wir bis jetzt nur schwache Stämper sind gegen
jene, daß sie und ihre Helfershelfer — Sie sind also auch dabei —
uns mit gutem Beispiel vorangegangen sind?

Passen Sie also auf!
Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre
Partei.

Sehr richtig. Sie will die gegenwärtige auf Ausbeutung des
Menschen durch den Menschen beruhende Produktionsweise von
Grund aus umgestalten, sie erstrebt eine radikale Umwälzung
unserer Eigentumsverhältnisse, oder besser, sie will eine Gesell-
schaftsorganisation durchführen, welche der sich vor unsern Augen
vollziehenden ökonomischen Revolution entspricht, und da sie aus der
Geschichte gelernt hat, daß die jeweilig herrschenden Klassen nie
gütwillig die Macht aus den Händen geben, so verheißt sie sich
die Möglichkeit nicht, daß das Proletariat die zur Durchführung
dieser gesellschaftlichen Revolution nötige politische Macht sich
eines Tages mit Gewalt wird erkämpfen müssen.

Schöne Grundsätze das!

Wer aber, edler Junter vom Märkischen Sande, hat die
größte gewaltsame Revolution der letzten fünfzig Jahre
ins Werk gesetzt? Wer hat den deutschen Bund mit Gewalt
geprengt? Dieses „Verbrechen“, dessen Versuch damals schon
mit Zuchthaus-, wenn nicht gar Todesstrafe bedroht war,
hat König Wilhelm unter Bismarck's Beihilfe verübt.

Wer hat den König von Hannover, den Kurfürsten von
Hessen, den Herzog von Nassau entthront? Wer den „legitimen“
Erben von Schleswig-Holstein gewaltsam seines Erbrechtes
beraubt? — Alles Verbrechen, auf welchen Zuchthaus- oder
Todesstrafe steht. — Kein Anderer als Ihr Herr und Gebieter.
Welch ein Revolutionär!

Aber noch weit mehr! Wer hat den Hochverräter,
General Klapka, in Sold und Dienst genommen, um eine
gewaltsame Revolution in Ungarn anzuzetteln? Waren
das Sozialdemokraten oder war es König Wilhelm? Wer hat
dem Dr. Löffler in Berlin den Auftrag zur Ausarbeitung
eines Planes gegeben, nach welchem hinter dem Rücken der
kaiserlich französischen Armee ein republikanischer Auf-
stand in Paris mit preussischem Gelde unterstützt werden
sollte? War das ein Sozialdemokrat oder war es nicht
Bismarck?

Darum, bibelfester Kultusminister, gehe in Dein Kämmerlein,
schlage auf das Novum Testamentum, Evangelium St. Lucä,
Kapitel 6, Vers 42 und lies:

„Oder, wie kannst Du zu Deinem Bruder sagen: Bruder,
halt, ich will den Splitter, der in Deinem Auge ist, ausziehen,
so Du doch den Balken in Deinem eigenen Auge nicht siehst?
Du Heuchler! Ziehe zuerst den Balken aus Deinem Auge!“

Ehe Du also dem Bruder Sozialdemokrat aus seiner revo-
lutionären Gesinnung einen Vorwurf machst, da lehre
erst bei Dir selbst ein, Deine Öbner, Wilhelm und Bismarck,
sie sind die größten gewaltsamen Revolutionäre unseres
Jahrhunderts. Ihr Beispiel erhebt die Sozialdemokratie und
feuert sie an. „Denn es ist kein guter Baum, der saule Frucht
bringt“; Lucas 6, Vers 43.

Die Sozialdemokraten sind Atheisten, lautet Ihr
zweiter Vorwurf, Sie Schächer des Glaubens!

„Nichtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet“, sagt die
Bibel, Evangelium St. Matthäi, Kap. 7, Vers 1, und weiter
im selben Kapitel, Vers 21: Nicht Jeder, der zu mir sagt: „Herr,
Herr!“ wird in das Reich der Himmel eingehen, sondern der, der
thut den Willen meines Vaters in den Himmeln“. Sie kennen
diesen Spruch doch, frommer Herr Kultusminister!

Die Sozialdemokraten sagen nicht: Herr! Herr! — das ist wahr
sie folgen ihrer Ueberzeugung, thun, was Recht, Ehre und
Pflicht von ihnen fordern.

Wie aber handeln Sie, Ihr König, Ihr Kanzler?
Habt Ihr nicht Alle geschworen „bei Gott dem All-
mächtigen und Allwissenden, so wahr mir Gott
helfe“, die preussische Verfassung treu und gewissenhaft
zu beobachten? Und Ihr Alle tretet diese Verfassung Tag für
Tag mit Füßen!

Denn kein Einziger Paragraph Eures schönen
Sozialistengesetzes steht im Einklang mit den
durch die preussische Verfassung garantierten
Rechten des Volkes; jede, auf Grund dieses famosen Ge-
setzes erlassene Maßregel schließt einen Meineid in sich!

Auf Meineid aber steht Zuchthaus, Herr Kultusminister!
Mit welcher Stirn wagen Sie es, Jemand aus seinem Atheis-
mus einen Vorwurf zu machen, während Sie selbst, Ihr Öbner
und das ganze preussische Beamtenheer, durch fortgesetzten Eidbruch
aller Welt den Beweis liefern, daß Sie den Schwur „bei
Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, so wahr mir Gott
helfe“, für eine leere Fage halten, mit der Sie den Dummen
Sand in die Augen streuen wollen! Welche bodenlose Heuchelei,
noch von dem Glauben an einen „Herrgott“ zu reden, wenn
man durch Thaten Tag für Tag den Beweis liefert, daß
das „so wahr mir Gott helfe!“ „bei Gott dem Allmächtigen
und Allwissenden“ für Sie nicht so viel bindende Kraft hat,
als für jeden ehrlichen Mann ein einfaches Versprechen!

Die Sozialdemokraten sind international!

Freilich sind sie das; freilich behaupten sie, daß die Unter-
drückten und Beknechteten aller Länder ein gleiches Interesse
daran haben, sich ihrer Ausbeuter und Bedrücker zu erwehren,
anstatt sich auf deren Befehl und einzig und allein in deren
Interesse gegenseitig abzuschlagen. Darum lehren sie anstatt des
Nationalitätenhasses die Völkerverbrüderung.

Und dann, hat denn der Proletariat ein Vaterland? Oder ist
er nicht gezwungen, seine Arbeitskraft auf dem Weltmarkt zu
verkaufen, dem er sie gerade brauchen kann? Wie aber halten
es denn die Großen und Mächtigen dieser Erde mit dem Vater-
land?

War es vielleicht ein Sozialdemokrat, der seine Nationa-
lität und seinen Glauben aufgab, um Fürst von Rumänien
zu werden?

Das war Karl Lehmann oder Karl von Hohenzollern, Sie
ergebener Diener des Hauptes der Hohenzollern! Aber der Hohen-
zollern bildet keine Ausnahme, die ganze Gottesgnadengesellschaft
ist vaterlandslos. Der Oesterreicher wird Mexikaner, der Bayer
und der Däne wird Grieche, der Preuze wird Bulgare, immer
mit obligatem Glaubenswechsel, um eine Fürstenthrone zu attra-
piren! Und nun erst gar die weiblichen Mitglieder der euro-
päischen Fürstenthümer! Von Nationalität ist da nirgends die Rede,
die Religion wird gewechselt, wie man ein paar schmutzige Hand-
schuhe abstreift und wegwirft, wenn die Dämonen nur eine gute
Partie machen können!

Und ein Kultusminister, dessen Herr und Gebieter Oberster
ist der Revolutionsführer, der Religions- und Vaterlandslosen,
mag es, den Sozialdemokraten einen Vorwurf zu machen, daß
sie Revolutionäre, Atheisten und Internationalisten sind!
Lehren Sie vor Ihrer Thür, Herr Puttkamer!

Bismarck und die Bourgeoisie.

Trotz der Feigheit des Herrn Eugen Richter, der sein:
Weg mit Bismarck! nicht mehr auszusprechen wagt, seit Bis-
marck ihm Auge in Auge gegenübergetreten ist, wird der be-
vorstehende Wahllampf sich um Bismarck und dessen System
drehen.

Wir müssen hier vor allen Dingen dem Irrthum entgegen-
treten, als gingen wir von der Ansicht aus, die Person des
Fürsten Bismarck sei auf die Entwicklung der Dinge von
anschlaggebendem Einfluß. Das wäre eine sehr unwissen-
schaftliche Anschauungsweise, die sich mit der sozialistischen
Geschichtsauffassung nicht verträgt.

Nur ein roher Fetisch- und Heroenandeter, wie Carlyle,
der die Darwin'schen Schriften so albern fand, daß er sie gar
nicht las, kann im Zeitalter des Darwinismus den Heroen-
kultus theoretisch feiern, und nur ein verkommene Philister-
pack kann ihn praktisch ausüben.

Die Wissenschaft lehrt uns, daß die Gestaltung der staat-
lichen und gesellschaftlichen Verhältnisse sich nach bestimmten
Gesetzen vollzieht, die kein Individuum abzuändern vermag,

denen jedes Individuum, und verfüge es über die großartigsten
Mittel, sich unterwerfen muß.

Zwischen Widerstreit und Ringen der unharmonischen Elemente,
welche die moderne Gesellschaft enthält, werden gewisse Personen
in die Höhe gehoben, die dem oberflächlichen Beobachter von
oben herab das chaotische Gähren und Brodeln zu veranlassen
und zu leiten scheinen, während sie in Wirklichkeit durch die
elementaren Kräfte von unten emporgehoben sind.

In Zeiten allgemeiner gesellschaftlicher Auflösung sind des-
halb die sogenannten großen Männer am häufigsten. Die
Künste des alt-römischen Weltreichs förderte die Diktatoren,
Triumviren, Cäsaren, Retter und Väter des Vaterlandes
dugendweise, geradezu pilgertartig zu Tage.

Und die Auflösung der modernen Bourgeoisiewelt wird von
der nämlichen Erscheinung begleitet.

Wie England uns in wirtschaftlicher Beziehung
um mindestens eine Generation voraus ist, so Frankreich
in politischer Beziehung. Und wie wir in der wirtschaftlichen
Vergangenheit Englands unsere wirtschaftliche Gegen-
wart erblicken können, so in der politischen Vergangenheit
Frankreichs unsere politische Gegenwart.

Daß Bismarck nur die Kopie Bonaparte's ist, haben
Tausende schon entdeckt, und Fürst Bismarck selbst hat es neu-
lich eingestanden.

Nun wird es aber jetzt, da Bonaparte's Laufbahn abge-
schlossen vor uns liegt, keinem Menschen mehr einfallen, dem
Helden von Boulogne, Straßburg, Paris und Sedan eine
übernatürliche oder auch nur ungewöhnliche Intelligenz zuzu-
schreiben, der er seine Erfolge verdankt habe.

Jedermann, der einige Geschichtskennntnisse und mäßiges
Geschichtsurtheil besitzt, weiß, daß der nach der Februarrevo-
lution aufstehende Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Prole-
tariat zu einer Katastrophe führen, und entweder den Sieg
des Proletariats oder die Diktatur der Klassenherr-
schaft zur Folge haben mußte.

Der Sieg des Proletariats war noch nicht möglich; es
wurde in der Junischlacht niedergeworfen.

Die Diktatur der Klassenherrschaft kam. Ob sie sich Cavaignac
oder Bonaparte nannte, ist gleichgültig — genug, sie war
notwendig.

Der in ihrer Klassenherrschaft bedrohten Bourgeoisie geht es
mit dem Rodez ihrer bürgerlichen Freiheiten, wie der englischen
Geistlichkeit mit ihren Glaubensartikeln, sie ist ihnen aufrichtig
zugehan, wenn aber die Interessen des Geldbeutels in
Gefahr kommen, dann mögen bürgerliche Freiheiten und
Glaubensartikel zum Teufel gehen.

Der Geldbeutel ist in Gefahr! Die Gesellschaft, die Familie,
die Religion — das heißt der Geldbeutel, das Privileg, das
Ausbeutergeschäft müssen gerettet, alle Mittel der Gesellschaft
gegen die Feinde der Gesellschaft aufgeboren werden.

Und wie das „Vaterland in Gefahr“ 1792—93 und
94 die Diktatur, den Terrorismus bedeutete, so das
„die Gesellschaft in Gefahr“ seit Mitte des 19. Jahrhunderts.

Die Bourgeoisgesellschaft befindet sich im Kriegs-
zustand und sie hat das Kriegerecht und die Diktatur
proklamiert.

In Frankreich, das uns politisch voraus ist, und wo
überhaupt das politische Leben sich plastischer vergegenständlicht
als bei uns, tritt diese auch entsprechend scharfer hervor.

Trotzdem sind es in Deutschland genau dieselben Ursachen,
welche die ähnlichen Wirkungen erzeugt haben.

Wir haben zwar einen ganz klaffen Abklatsch der Februar-
revolution und keine Junischlacht gehabt, wir haben aber eine,
im Verhältnis zur Entwicklung unserer Bourgeoisie ebenso
starke proletarische Bewegung wie in Frankreich, ja vielleicht
noch stärker. Und bringt man die politische Ungebiltheit
unserer Bourgeoisie, die nie eine selbständige Rolle gespielt
hat, ihren Respekt vor der Polizei, von der sie sich nie hat
emanzipieren können, und obendrein ihre phänomenale Hasen-
herzigkeit in Anschlag, so begreifen wir, daß in Deutschland
das Bedürfnis nach einem Diktator entschieden vorhanden
war, und durch den Fürsten Bismarck allerdings, um die
bekannte Phrase zu gebrauchen, einem tiefgefühlten Bedürfnis
abgeholfen worden ist.

Hätte Bismarck sich nicht gefunden, dann wäre ein anderer
gefunden oder erfunden worden. That's der Kunz nicht, so
mußte es der Hans thun.

Wenn der gedankenlose Haufe, in der charakteristischen Ver-
wechslung von Ursache und Wirkung, alle Erscheinungen unserer
elektrisch-vulkanischen Periode von dem „genialen“ Bismarck
herleitet und diesen mit göttlichen Eigenschaften ausstattet, so
ist das unzweifelhaft sehr lächerlich, wenn auch nicht neu, denn
mit Bonaparte wurde der nämliche Göddienst getrieben, und
zwar, in prophetischer Vorahnung, ganz besonders in unserem
lieben Deutschland.

So wenig Werth nun aber für uns die Person des
Diktators hat, die Diktatur besteht unabhängig von dieser
Person, sie wird fortbestehen, auch wenn Bismarck plötzlich
vom Schauplatz verschwinden sollte — fortbestehen, bis die
Ursachen, aus denen sie hervorgegangen, beseitigt sind und
die Gesellschaft den gegenwärtigen Kriegszustand mit dem, auf
sozialer Harmonie beruhenden Friedenszustand vertauschen
kann.

Unterbrechungen, Zwischenpausen sind möglich — allein sie
können nicht von Dauer sein.

Wenn wir uns den Ursprung und das Wesen des auf den
Namen des Fürsten Bismarck getauften Systems klar machen,
verschwindet auch sofort die Illusion, als habe die, jetzt ziem-
lich geräuschvolle, Opposition eines Theils der Bourgeoisie
gegen den Fürsten Bismarck irgend eine ernsthafte Bedeutung.
Das ist nicht der Fall. Hörte heute die Diktatur
auf, und würde die sozialistische Bewegung ent-
fesselt, so würde die mißvergnügte Bourgeoisie
schon morgen mit Fetergeschrei die Bismarcksche
Diktatur zurückfordern.

Das müssen wir im Auge behalten. Die Angriffe, welche
die Bismarcksche Politik aus dem Lager der Bourgeoisie er-
fährt, werden ihr nicht gefährlich werden. Wir halten es sogar
für sehr wahrscheinlich, daß die Bourgeoisie, mit einigen ver-
einzelten Ausnahmen, den Bismarckschen Staatssozialis-
mus verschlucken wird — als Gegengift gegen den demo-
kratischen Sozialismus.

Jedenfalls wird beim nächsten Wahlkampf die Bourgeoisie,
wenn es im Ernste heißt: Für oder wider Bismarck! nicht
wider Bismarck sein.

Die Sozialdemokratie und der Antrag Windthorst's.

Deutschland, 24. April.

Ich habe es bis jetzt vermieden, mich über die Haltung
unserer Reichstagsabgeordneten dem Windthorst'schen Antrag
gegenüber auszusprechen. Nicht aus Scheu, eine abweichende
Meinung vorzubringen — es ist von jeher Regel gewesen, daß
innerhalb der Partei die strengste Kritik geübt wird, und das
hat ganz wesentlich unserer Partei ihre Stärke gegeben. Nichts
ist verwerflicher und gefährlicher als das Vertuschungssystem —
eine Partei, die sich ihm ergibt, verrätth dadurch, daß sie keinen
Glauben an sich selbst hat.

Was mich zurückhielt, war der Wunsch, erst das Urtheil An-
derer zu hören.

Jetzt habe ich nun manches Urtheil gehört; ich kann sagen:
nicht ein einziges drückt volle Billigung aus. Und ich habe auch
Grund zu glauben, daß unsere Abgeordneten es sehr bedauern,
durch den Schluß der Debatte an der Geltendmachung des
prinzipiellen Standpunkts verhindert worden zu sein.

Die Motive, welche zu der Enthaltung geführt haben, sind
mir sehr wohl bekannt, und ich unterschätze keineswegs ihre
Bedeutung.

Nach dem Robiling-Attentat z. B., als der deutsche Michel
an der Hundswirth laborirte und von gewissenlosen Schutten
noch gehezt wurde, mußten wir Manches thun und unterlassen,
das wir unter anderen Umständen nicht gethan und nicht unter-
lassen hätten.

Unter solchen ausnahmeweisen Umständen befinden wir uns
jetzt aber nicht. Es ist zwar richtig, daß Fürst Bismarck, der
nun einmal für seine lichtscheue Politik der getrüben Wasser
bedarf, das Petersburger Attentat ähnlich wie das Robiling-
Attentat zu verwerthen gesucht hat (und wohl auch noch sucht),
allein mit dem bloßen Willen ist's nicht gethan; und die Beur-
theilung, welche das Petersburger Attentat in ganz Deutschland,
und nicht bloß bei einzelnen Parteien, sondern bei der Masse
des Volkes, ja bei dem größten Theil unserer Gegner gefunden
hat, schließt die Möglichkeit einer Ausnützung im großen Styl
aus.

Der Windthorst'sche Antrag selbst war schon ein Beweis hier-
für. Hätte Fürst Bismarck nicht seine Schwäche gefühlt, so würde
er sich sicherlich nicht hinter den Reichstag versteckt und ihm die
Initiative zugeschoben haben.

Daß nun der Windthorst'sche Antrag, abgesehen von weiter-
gehenden Wünschen des Herrn Bismarck nicht entsprechend, ein
durchaus reaktionärer war, daß er einen Angriff auf das Asyl-
recht und eine Beschränkung des vom Völkerrrecht festgesetzten
Begriffes der politischen Verbrechen bedeute, kann und wird
von keinem Sozialdemokraten bestritten werden.

Unsere Vertreter waren deshalb zur Bekämpfung des Antrages
verpflichtet.

Sogar Herr Bluntschli, der Ex-Sonderbundsambeter, hätte ihn,
säße er im Reichstag, bekämpfen müssen, denn er sagt in seiner
für die Wiener „Presse“ geschriebenen Abhandlung über das
Asylrecht und den Fürstentum:

„Es gibt einzelne vorbedachte und vorsätzliche Tödtungen
(er sagt nicht Morde, der Herr Bluntschli) politischer Machthaber,
welche zwar nach den gewöhnlichen Begriffen der Strafrecht
als Morde betrachtet und bestraft werden, von dem Rechts-
bewußtsein der Mit- und Nachwelt aber aus den
Umständen entschuldigt, gerechtfertigt und sogar
gepriesen werden. Jedermann kennt und ehrt die Judith,
Harmodius und Aristogeiton, Wilhelm Tell und Charlotte Corday.
Kaum ein heutiger Staat würde sich dazu verstehen, solche
Kämpfer für die höchsten Güter des Volkes und
der Menschheit wider eine unerbittliche und maßlose Tyrannei
der Machthaber auszuliefern, wenn sie in seinem Gebiete ein
Asyl gesucht und gefunden hätten.“

Das ist deutlich.
Der Antrag Windthorst will aber, daß jede „Tödtung eines
Machthabers“, ja jeder Versuch einer Tödtung für ein ge-
meines, die Anklieferung erheischendes Verbrechen erklärt
werde.

Und wenn es je eine „Tödtung eines Machthabers“ gegeben
hat, die „von dem Rechtsbewußtsein der Mit- und Nachwelt
aus den Umständen entschuldigt und gerechtfertigt werden“ muß,
so ist es die Tödtung des Zaren Alexander II.

Sogar viele konservative Zeitungen sind genöthigt, dies zuzu-
gestehen. Ich will bloß des „Hamburgischen Korrespondenten“
erwähnen, der in einem Artikel über den Prozeß der „Zaren-
mörder“ seinen Respekt vor denselben nicht verhehlen kann.

Kurz, es fehlte an jedem zureichenden Grund, zum Wind-
thorst'schen Antrag nicht Stellung zu nehmen und nicht Farbe
zu bekennen.

Freilich, es war ja auch beabsichtigt, Stellung zu nehmen;
und wurde nur durch den Schlufantrag verhindert.

Aber durch den Schlufantrag hätte man sich nicht verhindern
lassen sollen.

Im Gegentheil, gerade der Schlufantrag, der es unsern Ab-
geordneten unmöglich machte, den prinzipiellen Parteistandpunkt
zu präzisieren, legte erst recht die Pflicht der Abstimmung
auf und gab dieser eine erhöhte prinzipielle Bedeutung.

Durch die Enthaltung sollte „böswilliger Mißdeutung“ vor-
gebeugt werden. Als ob sich „böswilliger Mißdeutung“ überhaupt
vorbeugen ließe.

Glaubt man, irgend ein Mensch in der Welt dächte, die
deutsche Sozialdemokratie sei direkt oder indirekt an der Tödtung
des russischen Kaisers beteiligt? So dumm sind unsere vernageltesten
Feinde nicht. Es paßt aber gewissen Schandbuben in den Kram,
uns der Komplizität zu bezichtigen, und da wird denn das
Blaue vom Himmel gelogen und mit Norddeutsch Allgemeiner
Niedertracht verläumdelt.

Man läßt und verläumdelt nicht, weil man uns für schuldig
hält, sondern weil es in den Kram gewisser Schand-
buben paßt. Und die Gründe, warum es hinein paßt,
konnten durch unsere Abstimmung oder Nichtabstimmung in

Sachen des Windthorst'schen Antrages nicht berührt werden.
Hätten unsere Abgeordneten ungenirt gegen den Antrag ge-
stimmt, so würde die feindliche Presse uns um kein Paar Breit-
andere behandelt haben, als sie uns jetzt behandelt; und wir
könnten nicht mit den fortschrittlichen Abgeordneten gesoppt
werden, die gegen den Antrag gestimmt und den sozialdemo-
kratischen Abgeordneten eine Lektion in der Demokratie erteilt
haben.

Und nicht bloß ist der Zweck der Enthaltung und Enthaltensam-
keit nicht erreicht, es ist sogar gerade das bewirkt worden, was
verhindert werden sollte: Mißdeutung. Nur Mißdeutung an
einer anderen Stelle.

Mißdeutung Seitens der Freunde. Es unterliegt keinem
Zweifel, daß unsere außerdeutschen Parteigenossen durch
die Stimmeneithaltung der sozialdemokratischen Abgeordneten in
einer die Sozialdemokratie so nahe berührenden Frage sehr un-
angenehm überrascht sind.

Nun bin ich sicherlich nicht geneigt, die Taktik der deutschen
Sozialdemokratie dem Urtheil der Sozialdemokratie des Auslands
zu unterwerfen, aber auf dieses Urtheil haben wir Rücksicht zu
nehmen; und es ist für uns, für die internationale Partei
par excellence, von höchster Bedeutung, daß wir die Fühlung
mit unseren Genossen im Ausland keinen Moment verlieren,
und das Verhältnis zu ihnen immer inniger gestalten.

Es ist notwendig, daß unsere Freunde im Ausland über die
Gründe der Stimmeneithaltung dem Antrag Windthorst gegen-
über aufgeklärt werden.

Sie sollen nicht glauben, daß die deutsche Sozialdemokratie
das Asylrecht geopfert und die Sache der Revolution verleugnet hat.
Sie sollen wissen, daß nur ein taktischer, nicht ein
prinzipieller Fehler vorliegt, und daß dieser Fehler durch
das Standhafte Wandern der Reichstagsmajorität, die Debatte zu
schließen, und unsere Partei mundtot zu machen, veranlaßt
worden ist.

Und es ist ganz wesentlich die Absicht, nach dieser befreun-
deten Seite hin, Mißdeutungen vorzubeugen, welche mir die
Feder in die Hand gegeben hat.*)

L. W.

Aus der Rede unseres Genossen Bebel

über den

Arbeiter-Anfall-Versicherungs-Gesetz-Entwurf.

Gehalten in der Sitzung vom 4. April 1881.

(Nach dem stenographischen Bericht.)

(Fortsetzung.)

Rechtlich, meine Herren, soll es in Preußen von Seiten der preussischen
Regierung in Bezug auf diesen Paragrafen gehandhabt werden, wie mit
versichert worden ist. Sie sehen also, daß selbst das Haftpflichtgesetz
in seinem § 1 einer sehr wesentlichen Aenderung bedarf, wenn es voll
und ganz dem Zwecke entsprechen soll, der bei seinem Erlaß damit beab-
sichtigt war. Nun, meine Herren, ist aber der vorher von mir skizirte
gesunde Grundgedanke in § 1 der gegenwärtigen Vorlage dadurch sehr
wesentlich modifizirt worden und zwar zu seinen Ungunsten modifizirt,
daß er in Bezug auf die daraus resultirenden Haftpflichtunterstützungen
Bestimmungen enthält, die nicht nur an und für sich unannehmbar
sind, sondern auch insbesondere unannehmbar von dem Gesichtspunkte aus,
daß sie die Lage der Arbeiter gegenüber den Bestimmungen des gegen-
wärtigen Haftpflichtgesetzes bedeutend verschlechtern. Nach dem gegen-
wärtigen Haftpflichtgesetz, sogar nach § 2, muß in allen Haftpflichtfällen
der Arbeitgeber sich herbeilassen, dem Arbeiter die Entschädigung nach
der vollen Höhe seines Verdienstes auszusprechen.

Dieselbe Entschädigung wird in gleichem Maße der Familie des ver-
unglückten Arbeiters zu Theil. Meine Herren, der Entwurf weicht in
dieser Beziehung sehr bedeutend von dem Haftpflichtgesetz ab. Er sagt
daß im Fall einer vollständigen Arbeitslosigkeit nur höchstens 60% Pro-
zent des bisherigen Arbeitsverdienstes gewährt werden dürften. Er bestimmt
ferner, daß im Falle der Tödtung der hinterlassenen Wittve und ihrer
Kinder nur höchstens 50 Prozent gewährt werden dürften.

Der Entwurf enthält dann noch eine ganze Reihe von einzelnen Be-
stimmungen, namentlich in Bezug auf die Kinder, die, wie der Herr Ab-
geordnete Vaster bereits am Sonnabend klar und deutlich nachgewiesen
hat, bedeutend ungünstiger sind wie die Bestimmungen, die in Bezug auf
die Alimentationspflicht der unehelichen Kinder in Preußen bisher be-
standen haben.

Meine Herren, wir können selbstverständlich nicht
und nimmer zugeben, daß hier unter der Devise der
Bekämpfung der Sozialdemokratie in positiver Rich-
tung ein Gesetz erlassen wird, das thatsächlich die
Arbeiter viel schlechter stellt, als sie bis dato ge-
standen haben. Und ich, meine Herren, Sie selber, die Sie alle
von der Ansicht ausgehen, daß dieses Gesetz zur positiven Bekämpfung
der Sozialdemokratie dienen sollte, können doch unmöglich dieser Bestim-
mung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, denn Sie würden
Ihren Zweck vollständig verfehlen. Sie würden erreichen, daß durch die
Zustimmung, daß unter denjenigen Arbeitern, die bisher unter dem Haft-
pflichtgesetz volle Unterstützung erhielten, und denen, die nach dem jetzigen
Gesetz nur bis zu zwei Dritteln und noch weniger erlangen, eine außer-
ordentliche Mißstimmung entstehen und in die weitesten Kreise der Ar-
beiter getragen werden würde, die Ihnen durchaus nicht förderlich sein
kann. Meine Herren, Sie wollen also, ich bitte darum, bei der Beratung
in der Kommission genau festhalten, daß, wenn Sie diese Bestimmungen
der Vorlage annehmen, Sie ganz das Gegenteil von dem
erreichen, was Sie mit dem Gesetz bezwecken.

Ich gebe in der Sache weiter. Nach in einer anderen Beziehung ist
mir das Haftpflichtgesetz in seinem gegenwärtigen Bestande lieber als der
vorliegende Entwurf. In dem Haftpflichtgesetz war nach dem Entwurf
den die Regierungen seiner Zeit vorlegten, keine Bestimmung vorhanden,
welche es dem Arbeitgeber ermöglicht hätte, den Arbeiter zu einem Bei-
trag für die Haftpflicht heranzuziehen. Es ist, meine Herren, — Herr Ab-

*) Wir haben diese Einsetzung um so lieber angenommen, als auch
wir das Verhalten unserer Freunde im Reichstag in dieser Angelegenheit
nicht billigten. Es ist ja richtig, daß das in jene und vorher abgetretenen
Verfahren der Reichstagsmajorität ihre Situation sehr erschwerte, namentlich
wenn man in Betracht zieht, daß durch die Reden des ultramontanen
Feindes Windthorst und des protestantischen Jesuiten Hänel die
Revolutions so verlauschet wurde — um welche Klauen sich Bismarck
natürlich später den Teufel scheert —, daß im Augenblicke ein un-
motivirtes Gegenstimmen geradezu einer Proklamation des politischen
Wortes gleichgekommen und „traktirt“ worden wäre. Wollten aber
unsere Genossen es vermeiden, durch eine unmotivirte Abstimmung den
Gegnern eine erwünschte Handhabe zu verschaffen, so hätten sie lieber
so stand ihnen ja der Weg eines motivirten Votums frei, und wir hätten
gewünscht, daß man von diesem Mittel Gebrauch gemacht hätte. Wir
empfehlen daher unseren Genossen, in ähnlichen Fällen, die aller Be-
ausichtig nach, nicht ausbleiben werden, stets durch eine schrift-
liche Erklärung unsern prinzipiellen Standpunkt zu wahren. Gerade die
Annahmestellung unserer Partei macht dies zur gebieterischen Pflicht.

Beiläufig sei inebem bemerkt, daß der Einsender irrt, wenn er glaubt,
daß wir mit den fortschrittlichen Abgeordneten gesoppt werden könnten,
denn es ist gar nicht wahr, daß Birchow und Wolmer
gegen die Resolution gestimmt hätten. Die Herren sind
bei der Abstimmung einfach hien geblieben, was auch andere Abgeor-
nete z. B. Bühler-Eintrag, Kunze u. Gehau, — eine Gegen-
abstimmung fand gar nicht statt. Es hat eben nur den Tisch-
stich geblieben, der Fabel von den „fortschrittlichen Republikanern“ zum
Stoff zu liefern.

französische Regierung durch diesen Konflikt mit uns noch hineingezogen werden kann? Können nicht mit derselben gefährliche diplomatische Verwicklungen verbunden sein? Wir fürchten es."

"Das Volk hat sehr viel vom Kriege zu befürchten, hat alles Interesse, ihn nicht zu wollen, die Regierenden aber, die durch denselben unendlich viel gewinnen können, können ihn auch vorbereiten und provozieren. Im Kriege ist man davor sicher, durch die Sozialisten in Verlegenheit gesetzt zu werden, im Kriege gibt es keine soziale Frage, im Kriege endlich verblüht das Volk und wird entkräftet."

"Bürger Europa's, Sozialisten aller Nationen, seid auf der Hut." Wie wohlthätig sieht dieser friedliche Gedankenaustausch zwischen italienischen und französischen Sozialisten gegen die heftige Sprache der französischen und italienischen Bourgeoisie ab! Die internationale Arbeiter-Assoziation lebt, ob der Weltkongress verboten wird oder nicht.

Aus London, 17. April, schreibt man uns: Gladstone hat, allen Verläumdungen zum Trost, in den letzten Tagen gezeigt, welcher großer „Staatsmann“ er ist. Oder ist es nicht „Staatsmännisch“, sich gewaltsam zu Konfessionen drängen zu lassen, und dann denselben eine Form zu geben, in welcher sie zum Nachtheil des die Konfession Verlangenden, zum Vortheil des sie Gebenden ausschlägt? Ist es nicht „Staatsmännisch“, sich eine Konfession an Irland abringen zu lassen, welche eigentlich nichts ist, als ein neuer, in samer Diebstahl am irdischen Volke? Dies und nichts Anderes ist das irdische Landgesetz. Durch dasselbe soll ein freier Bauernstand in Irland geschaffen werden. Ein Ausschuss wird eingesetzt und demselben eine gewisse Summe jährlich — ob 1 oder 10 Mill. Pfd. St. ist Herrn Gladstone gleichgültig — vom Staate zur Verfügung gestellt; mit diesem Gelde ist den Landlords Land abzukaufen und den bisherigen Pächtern unter der Bedingung ratenweiser Abzahlung der Kaufsumme zu überlassen. Rea ist der Gedanke nicht und auf dem Kontinent in Gestalt der Grundentlastung viel radikaler durchgeführt worden. Daß diese Grundentlastung den Bauern nichts genützt hat, sieht man jetzt allenthalben ein, trotzdem will Herr Gladstone auf diesem Wege, nur etwas verschwommener, die irdische Landfrage lösen. Die Sache steht aber heute bei der Irlande viel schlimmer, als in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts für die Bauern auf dem Kontinent. Die Emanzipation der Bauern auf dem Kontinent geschah zur Zeit des Aufschwunges der Bourgeoisie, wo die Landwirtschaft reichlichen Abzug für ihre Produkte bei der ausblühenden Industrie fand. Heute dagegen leidet die europäische Landwirtschaft gleich der Industrie unter einer jetzt bald ein Decennium andauernden wirtschaftlichen Krise, dabei ist sie in der amerikanischen Agrarkultur ein Nebenbühler erkunden, der ihren geschwächten Lebensboden vollends zu zerschellen droht. Durch ganz Europa geht heute eine Agrarbewegung, nur ihre Formen sind in den verschiedenen Ländern verschieden. Die irdische Bewegung ist nur ein Theil dieser allgemeinen Bewegung, der besonders akut auftritt in Folge des nationalen und kirchlichen Gegensatzes und der riesigen Konzentration des Grundbesitzes, sowie der Armuth der Pächter, welche keinen Reservesfonds für die schlechten Zeiten haben.

Zimmerlin mußte der Landlord bisher einen Theil des Schadens, den die Landwirtschaft erlitt, mittragen, denn ihr Verfall äußerte sich zunächst in der Entwertung des Grundbesitzes, der in England seit 5 Jahren ungefähr 20 Prozent seines früheren Werthes eingebüßt hat. Die amerikanische Konkurrenz hat aber erst begonnen, ihre Wertsamkeit zu äußern, der Werth des Grundbesitzes wird noch viel mehr sinken. Das Land, welches dem irdischen Pächter heute zum bisherigen Werth übergeben wird, wird binnen wenigen Jahren nur mehr die Hälfte dessen werth sein. Den Großgrundbesitz Irlands durch einen Stand kleiner „freier“ Grundbesitzer ersetzen, heißt daher nicht anderes, als daß die Landlords schnell noch reiten, was zu reiten ist, daß sie ihren Grund und Boden auf Kosten des irdischen Volkes kapitalisiren und dieses die volle Last der Entwerthung des Grundbesitzes tragen lassen. Wir können jedoch hoffen, daß die Herren die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben. Die Irlande werden den Kaufpreis ebensowenig zahlen, als sie heute den Pachtzins zahlen und die wirtschaftliche Entwicklung, die zunehmende Konkurrenz Amerikas wird sie zwingen, schließlich dahin zu kommen, wohnen auch die Länder des Kontinents kommen müssen: zum Gemeineigentum an Grund und Boden, welches um so erwünschter wird, je entwertheter der Grund und Boden ist. Nur dieses Gemeineigentum und die auf Grund desselben erfolgte Durchführung des kooperativen Betriebes können die europäische Landwirtschaft vor der amerikanischen Konkurrenz retten.

Alle anderen Versuche, wären sie auch ehrlicher gemeint, als der des Herrn Gladstone, müssen naturgemäß scheitern. Die neueste irdische Landbill bedeutet nicht den Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung für Irland, wie die englische Presse verklärt, sie ist nur eines der vielen Hausmittelschen, durch welche die verendeende Gesellschaft sich noch eine kurze Spanne Zeit weiter zu schleppen hofft, ohne hier wie überall, ihre Ausbeuternatur verleugnen zu können. So wie die Bismarck'schen „Sozialreformen“ den Zweck haben, der Raffe Sand in die Augen zu streuen, zugleich aber für die Herrschenden selbst ein hübsches Stück Geld herauszuschlagen — Monopole etc. — so auch die Gladstone'schen „Reformen“: der Unterschied ist bloß der, daß die deutschen der Charakter des Kasernenmäßigen, die englischen den der „wirtschaftlichen Freiheit“ an der Stimme tragen.

— Gut beantwortet. Unsere rumänischen Genossen haben auf die vorgenannten Verfassungen russischer Sozialisten und auf die unerschöpfte Maßregelung ihrer rumänischen Freunde — zwei sozialistische Professoren, die Gebrüder Radetke sind abgesetzt, eine Reihe von Studenten von der Universität ausgeschlossen worden, — durch Verbreitung der inzwischen vollendeten Uebersetzung von Bracke's „Nieder mit den Sozialdemokraten!“ geantwortet. Guten Erfolg!

— Anarchistisches. Louise Michel hat den Kindern des verurtheilten Redakteur der „Rev. soc.“ zur Aufmunterung eine Schachtel Bomben geschickt. Schön von ihr. Eines der Kinder hat ihr darauf in einem Dankbriefe versprochen, alles zu thun, um würdig zu werden, der Revolution zu dienen. Eöbliche Abficht.

Die „Rev. soc.“ veröffentlicht diesen Briefwechsel. — Kindisch.

Korrespondenzen.

— Leipzig, 21. April. Noch immer will es nicht gelingen, die sozialdemokratischen, sozialistischen, kommunistischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen auszuräumen, das hat gestern wieder einmal unsere heilige Hermandad mit Entsetzen erfahren müssen, und die lokalen Bürger der „Seehadt“ werden in dem morgen erscheinenden „Leipziger Tageblatt“ zu ihrem nicht geringen Schrecken lesen, daß der Staat in großer Gefahr gewesen, aus der ihn nur die todesmuthige Tapferkeit eines noch im letzten Alter des Polizeidienstes stehenden Ordnungskämpfers errettete. Kein Mensch hatte eine Ahnung davon gehabt; seit Monaten hatte nicht der geringste politische Vortrag die öffentliche Ruhe gestört, als von der „deutschen Fortschrittspartei zu Leipzig“ gestern Abend im großen Saale des alten Schützenhauses eine öffentliche Versammlung einberufen wurde mit dem Herrn Reichstagsabgeordneten Böllmer als Referenten. Anfangs ging alles gut. Die Verlesung des Fortschrittsmannes, der durchaus nicht den Eindruck des gewiegten Parlamentarieres machte, war sowohl in oratorischer wie in politischer Hinsicht eine nicht allzu hohe und namentlich die nationalökonomischen Anschauungen des Herrn Böllmer waren mehr als bedenk-

lich. Die Kritik des „sonst so verflochten und in der auswendigen Politik unüberleglich von hohen Erügen gekröntem“ Reichstagsmänners und seiner Projekte war eine recht maitt namentlich wenn man bedenkt, daß einer größtentheils aus politischen reifen Männern bestehenden Versammlung ein allgemeines Misstrauen über indirekte Steuern nicht genügt, da gegen dieses Steuersystem Kasse ganz andere und gründlich belegte Beweiskräfte ins Feld geführt hat. Wenn der Vortrag des Fortschrittsmannes, der natürlich nicht umhin konnte, der Verdienste Schulte-Deilichs zu gedenken, selbst unsere geringen Erwartungen nicht erfüllte, so mußte es die in der weitaus überlegenen Mehrzahl amwesenden Sozialdemokraten umsonst freuen, einen ihrer Genossen die Rednerbühne bestiegen zu sehen und zu hören, mit welcher schlagfertigen Worten Genosse Hasenkleeber in kaum mehr als fünfzehn Minuten den Fortschrittsmann widerlegte, der es sich und seiner Partei zur Ehre und als eine Heidenthat anrechnete, gegen das Sozialistengesetz gestimmt zu haben, während — wie Genosse Hasenkleeber betonte — die Herren aus früher mit Verdächtigungen überhäufte, die genügend Verantwortung gaben, zu sagen, daß wenn die Sozialdemokraten so schlecht, ihre Ziele so verwerflich seien, wie es die Fortschrittspartei stets behauptet hat, das Ausnahmegesetz gerechtfertigt wäre. — Verschiedene von Genossen Hasenkleeber an seinen „Kollegen“ gerichtete Anfragen konnten letzterer nicht mehr beantworten, da der anwesende höhere Polizeibeamte den Herrn aus dieser Fatalität dadurch befreite, daß er die Versammlung auflöste, nachdem Genosse Hasenkleeber an die Anwesenden die Aufforderung gerichtet hatte, dafür zu sorgen, daß in Leipzig die Fortschrittsbäume nicht in den Himmel wachsen, und bei der nächsten Reichstagswahl den Genossen Bebel zu wählen. Die Mehrzahl der Anwesenden versich höchst vergnügt die „geschlossene“ Gesellschaft, da wir uns wieder einmal gesehen, einander die Hände gedrückt, „untergraben“ und „umgehört“ hatten.

— Göttingen, 22. April. Unsere gute Stadt hat gestern Abend eine kleine Ueberschwengung erlebt. Die Volkspartei hatte eine Volksversammlung einberufen, in welcher Karl Mayer den Vorsitz führte (Bureauwahl fand nach bekannter volksparteilicher Gepflogenheit nicht statt) und Herr Sonnemann einen politischen Vortrag zum Besten gab. Die Rede Sonnemanns bewegte sich durchweg in den bekannten Bahnen, vielfach noch matter als sonst, jedes neuen Gesichtspunktes entbehrend. Er sprach nicht so lebhaft wie sonst und ließ seine Zuhörer durchaus kalt. Er kam unter Anderem auch auf den Grundbesitzstand zwischen Volks- und Fortschrittspartei zu sprechen und meinte, daß nur zwei Punkte die beiden „befreundeten Richtungen“ trennten: die Stellung der Fortschrittspartei zum Aufstand und ihre antipolitische Tendenz. Dies Behauptung verdient um denselben jeztgehenden zu werden, weil damit zugegeben wird, daß in allen anderen Fragen, z. B. die Militärfrage, der Stellungnahme gegenüber dem Sozialismus u. s. w. beide Richtungen jezt brüderlich mit einander wandeln. Er rühmte auch die Haltung seiner Partei und eines Theiles der Fortschrittler gegenüber dem Wirthschaftlichen Dynamit Antrag, verwarf aber zu sagen, daß sein Parteigenosse Härke unter den Unterzeichnern desselben figurirte. Nachdem der Vertreter Franzens unter schwachem Beifall geredet, forderte Mayer nach einigen Dankworten an denselben zu Interpellationen auf. Von Stuttgart war mit dem Abendzug eine kleine Anzahl Genossen nach Göttingen gefahren und um 9 Uhr in den Saal eingetreten, mit ihnen der gerade in Schwaben weilende Genosse Bebel, welcher jedoch im Hintergrunde stehen blieb, so daß seine Anwesenheit während Sonnemanns Rede nicht bemerkt ward. Als er nun auf Mayers Aufforderung sich zum Worte meldete, entstand nicht geringe Zensation. Beim Durchschreiten des Saales nach der Tribüne ward er mit rauschendem, lang fortgehendem Beifallsturm begrüßt. Die Volksparteiler waren ganz perplex vor Schreck, denn Bebel's Erscheinen mußte notwendigerweise die ganze Sonnemannsche Bauernsängerei zu Nichts machen. In seiner Rathlosigkeit ließ Mayer eine acht volksparteiliche Heulmeierei vom Stapel. Er habe nur zu einem Vortrage Sonnemanns, nicht aber auch zu einer Rede Bebel's eingeladen. Er könne letzteren am Sprechen nicht hindern, allein er lehne alle Verantwortung ab für die Wendung, welche die von ihm arrangirte Versammlung nehme. Seine offizielle Theilnahme erkläre er jezt für beendet und werde nicht länger den Vorsitz führen. Es sei ja möglich, daß sich insofern Polizeilizei im Saale befände und da wolle er ausdrücklich konstatiren, daß ihn, Mayer, keinerlei Verantwortung für Bebel's Auftreten treffen könne. Bebel werde und müsse ihm bezagen, daß er nicht auf Mayers Einladung oder Veranstaltung hier sei. Diese Jeremiade des sonst so großprobierlichen Maulhelden hinderte Bebel nicht, das Wort zu ergreifen. Nachdem er dem furchtsamen Volksparteiler die verlangte Befähigung von der Tribüne herab gegeben, knüpfte er an die Sonnemann'sche Kritik der Parteien an und zeigte, daß sie alle, auch die Volkspartei einbezogen, jedoch mit Ausnahme der Sozialdemokratie, im Zustande der Verfestigung sich befänden, weil sie lämmlich Interessensparteien seien. Zu klarem und durchsichtigen Vortrag, dem die vorher durch Sonnemann ermüdete Versammlung mit gespanntester Aufmerksamkeit lauschte, schilderte Bebel nun unsere sich immer mehr verschärfende ökonomische Lage, das allmähliche Zugrundgehen des Mittelstandes, den man vergebens durch reaktionäre und wirkungslose Gesetze, wie das Zünfftgesetz, zu helfen suche, die jezt wachsende und sich bis in die „obersten Jahntausend“ erstreckende allgemeine Unzufriedenheit, welche nur noch von einer radikalen Umwälzung Rettung erhoffe. Bismarck, durch Lothar Bucher belehrt, verstehe instinktiv diesen Zug der Zeit, daher erklären sich die frankhaften und überführten Gesetzgebungspläne, mit denen er jezt hervortrete und die sich doch nach kurzer Zeit als vergeblich erweisen, weil das ganze System Bismarck zu einer heilsamen ökonomischen und politischen Reform unfähig sei. Es sei kein Wunder, wenn der Kanzler bei der Erkenntnis dieser Zustandsangelegenheit immer heftiger, immer nervöser werde. Er fühle eben, wie die Unzufriedenheit immer stärker anwachse, und wie alle seine Palliativmittel ihn nicht zum Ziele brächten. Handvertaufende von Existenzen aus dem Mittelstande würden schon auf der Scheidelinie, wo jeder Tag den Zusammenbruch bringen könnte. Der Ausschubung zu Anfang der sechziger Jahre sei im Volke auf Bismarck's Politik zurückgeführt worden, daher der damalige Entschlußmanus für den Kaiser. Jezt aber erkenne man allmählich, daß kein Einzelner mächtig genug sei, der ökonomischen Entwicklung Gesetze vorzuschreiben. Vergebens habe man sich an die Schulpolitik angeklammert, wie der Gertrudende an einen Strohhalm. Die mühsamer Erkenntnis dringt durch, daß mit Dekreten der nicht enden wollenden Krise nicht bezukommen sei und daß die jetzigen Zustände immer unhaltbarer werden. So weit etwa war Bebel gekommen, als der im Hintergrunde des Saales weilende Polizeikommissar die Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes auflöste, „in allgemeiner Ueberraschung“, wie selbst der so zahme „Schwäch. Merkur“ sich ausdrückt. Bebel hatte etwa eine halbe Stunde gesprochen und mit seinen Ausführungen einen tiefen Eindruck hervorgebracht. Schade, daß er nicht bis zu Ende kam, denn der Schluss seiner Rede hätte zweifellos eine eingehende Kritik der „Volkspartei“ gebracht, wozu die von Sonnemann als seine Parteiparole bezeichneten drei Ziele: „Frieden, Freiheit, Gleichheit“ die erwünschte Grundlage abgeben konnten. Zu gut Deutsch überlegt heißt die Parole nämlich: Frieden mit der Polizei und den befreundeten ministeriellen „Expellenzen“, Freiheit und Gleichheit, soweit sie den volksparteilichen Interessen entsprechen. Der Göttinger Polizeikommissar hat Karl Mayer und seinen Freunden diese Anweisung erteilt.

— Göttingen, 17. April. Hier tragen sich seit einiger Zeit Dinge zu, die lebhaft an die Zeit des Faustrechts erinnern, jedoch mit dem Unterschied, daß das „Recht“ nur die Spitzdummen in Waffen besäßen. So schlug vor anderthalb Jahren ein verklumpter Polizeischlingel a. D., Eberle, einen Müllerknicht tot, der Kerl wird nicht einmal in Untersuchungshaft genommen, geschweige denn sonjwie verdonnert. Ein anderer Grünjandabel, Pfeifle, schlägt einer geringfügigen Beleidigung halber, die ihm ein Bekannter aus der Militärzeit zugefügt, so lange mit dem Säbel auf letzteren los, bis er Blasen an den Händen hatte, und rühmt sich dessen noch. Vor 3 Wochen prügelt wieder ein Anderer, dessen Name das Denken nicht verdient, auf einen Bürger los; derselbe setzt sich zur Wehre, wird aber von dem Polizisten mit der blauen Waffe so schwer verwundet, daß er wohl nie mehr vollständig hergestellt werden wird. Gegen den Bürger, Zimmermeister Schmeyer, ist Unternehmung eingeleitet worden, der unsozialistische Hallunke aber wird selbst vom volksparteilichen „Hohenstaufen“ in Schutz genommen. Lüge Schmeyer nicht an den erdalteten Wunden schwer darnieder, so läßt er heute ebenso im Arsch wie seine 3 Gesellen, die ihm zu Hilfe eilen wollten. Den schon früher von mir gekennzeichneten Polizei-Wachmeister Janschetter hat nun auch die Nemesis erreicht, nachdem er Jahre lang geschwänzt, demüthigt und Exorzismenversuche gemacht hat, und

war waren es gerade dieselben Sozialdemokraten, die er durch sein fortwährendes Demüthigen auf Rote lang hinter Schloß und Riegel gebracht, welche seine Schwindereien nicht zogen. Als somit die Wirthschaft des J., der unbekannt bis über die Ohren in Schulden steckt, dem Stabtrath hoch zu die wurde, legte sich Janschetter, dem plötzlich unheimlich wurde, ins Bett und — der ihn behandelnde Arzt, Dr. Schwarzhöfner, findet Blutandrang nach dem Kopfe. Nun, er wird auf keinen Fall hier mehr schnüffeln. Oberstaatsanwalt Pass, sein ehemaliger Protektor, wick ihm schon ein schattiges Plätzchen anweisen.

Uebrigens wäre der Kerl längst im Zuchthaus, hätten ihm nicht der Polizeikommissar, der Rathschreiber und — nun so aufwärts, Vorwärts geleitet.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch konstatiren, daß der Polizeikommissar Klingner dem Rathschreiber Kapp verbotene sozialistische Flugblätter zu lesen gab. Letzterer hat es selbst erzählt. Am Palmsonntag fanden wiederum fünf Hausdurchsuchungen statt, und zwar nach dem noch unverbottene Flugblatt „Aufgepaßt.“ Die Höl von Politiken! Glauben, man lege das Zeug zurecht, bis es den Herren durch ihre spitzigen Köpfe zur Thüre hineinkuckert! Die Flugblätter waren da und werden verbreitet werden, damit die Herren wieder herumzuführen haben. Ja, wenn wir so dumm wären wie unsere Besorgten!

Die Suchaufsuchten heißen: Bracher, Geier, Holder, Brandl, Dr. Oswald. Die Sache scheint mit der Verhaftung in Stuttgart zusammenzuhängen. Bis die Welt dies lesen wird, sind die vergebens gesuchten Flugblätter längst — gefunden. Genosse Sch. hat nicht zu viel versprochen. Schon in der Nacht zum Ostermontag laub, wie der „Schwab. Merkur“ entkräftet meldet, „mit dem Hahne auf die stützgebote Hausdurchsuchung“, eine umfangreiche Flugblätternvertheilung in Göttingen statt. Bravo! Die Reb.

Briefkasten

der Redaktion: H. Baldini in Verdiers: „Koboln!“ ist vor mehreren Jahren eingegangen, dagegen erscheint jezt in Genf und zwar unregelmäßig „Thronus Berechtigt“. — W.— in Wdm.: Ein durchgebrannter Koffer bietet uns keinen Angriff gegen die Geoprellen.

der Expedition: H. Gens: Fr. 2.50 Ab. 2. Cu. erh. — Basler Gen. Fr. 5. — durch D. dem Hgld. zugeweiht. Dank! — Jean Opp. Vor.: Fr. 3. — Ab. 2. Cu. und Paris-Nachzahl. per 1. Cu. erh. 13 mit 17 nachgei. — W. & M.: M. 10. — Ab. Mai bis Ende Juli erh. u. hiervon M. 7. — dem Hgld. zugeweiht. Wählungsblatt noch nicht fragl. ob so Spezielles zu schaffen. Briefl. mehr. — Schm. Jadel: M. 3. — Ab. 2. Cu. erh. „La jeune Jeannie“ Jeannie Cornine Jova und die „H. H. H.“ zum Umbau, können Kostumt geben. „Die Ruinen“ nur noch selten antiquarisch zu haben, hier nicht. — Wien. d. H. 12. — à Sto. 1. Cu. durch Freund erh. Alles abgeg. Ab 1. Mai doppelte Nation. Schafft pünktliche Zwischenhand und mehr. Ab. Kampfer Schritt liegt nicht an uns! — 1. — e Paris: Fr. 100.65 Ab. 1. Cu. u. Schit. erh. — Carl Rothfeld: Fr. v. 14. u. 17. am 20. beantw. Sch. für M. bestimmt, nicht M., 16 bringt 9. Wahrscheinl. hat sie Rebe selbst gesenkt. Die Dummen werden eben nicht alle! — Kurgemuth: Alles beachtet. D. kann vorläufig Nichts berichten, da noch Berdeprojek. — „r.“ J.: Fr. 8. — Ab. Mai u. Juni u. erh. — Oufel: Fr. 8. 21. hier und am 22. beantw. Ab. war vorräthig. Weiteres erwartent. — W. G. u. W. W. Lugens: Ihre Mäntel gehen jezt pünktl. hier ab. Reflamiren. Sie jezt bei dortiger Post, dafern das Ausbleiben sich wiederholt, denn dort hapert's. Ertrag abgeg. am 27. 4. — v. Bismarck: Fr. v. 25. 4. erh., jeztan fortan 60. — J. J. Gölbe. St. Gall.: Wunsch ist erfüllt. — A. Sch. Wul: Befehl. am 27. 4. abgeg. — Roboff Arnhem: Fr. 2.70 für Schit. erh. — K. Tpp. Paris: Edg. erfolgt jezt prompt. Sonderbar, daß Ihr Marder so unerschütterlich ist, trotzdem er die Auswühl unter Hunderten hat. — Preßburg: Abermals Ertrag beiseit und Gemüthssthes beigefügt. Senden Sie doch „desinfizirte“ Adressen. — Bel. London: Fr. v. 24. freyten sch. Fr. 2.50 D. gutgebracht für 4. Cu. 80. Rektir noch das 1. Cu. 81. — S. J. Heg.: M. 2. — Ab. Mai u. Juni erh. — O. V. D. Olac: M. 3. — Ab. 2. Cu. erh. — A. Sij. Hg.: Fr. 7.36 Ab. 1. u. 2. Cu. erh. — Sal. Unruh: Fr. v. 24. u. 26. freyten sch. Antw. am 27. abgeg. Alles vorgemerkt. Oh. soll neue Adressen. — Kolobed: Alles v. 23. da. entkräftigt. Nr. 2 unrichtig, bitten um baldigen Aufschluß. — Egmant: 2 Hie. abgeg. Antwort! — a. d. Bekannten Brunn: Alte Weiber und Handwerkerbörsh“ hegt der Phylax immer forsch; — aber — Ertrag für „Berchmündenes“ bringt 16 mit. — Agent d. Brischen Wagenpilen: M. 12. — für 2. Cu. erh. Leichen verbrannt. M. 6. — verwenden zur Pfingstwallfahrt der 400 armen Sünder! — Nothfragen a. d. Col.: M. 3. — Ab. 2. Cu. erh. Tausch bewirkt. — Schöe Bern: Fr. 5. — für Krel. erh. Gruß! — W. Brighton: M. 3. — Porto pr. 2. Cu. erh. — Abodocera: M. 4. — Ab. 1. Cu. erh. — R.—v. Dau: M. 12. — Ab. März u. April erh. Ph. & Theob. Cincinnati: Fr. 77.70 Ab. 3. u. 4. Cu. erh. Weiteres erwartent. — W. Sch. Edg.: Fr. 3.75 Ab. 2. Cu. erh. — M. Jette. Remhatal: Fr. 4.50 Ab. 1. Cu. erh. — 117 himmel. — M. 106.62 Ab. 1. Cu. u. Fr. 8. erh. Antwort am 27. abgeg. — A. V. B.: M. 15. — Ab. 2. Cu. erh. — a. d. alten Bekannten: M. 3. — Ab. 2. Cu. erh. — E. V. Frt: M. 3. — Ab. 2. Cu. erh. Nr. 1 nicht mehr zu schaffen. — H. D. G. St.: M. 1.50 Ab. 1. 1/2 M. erh. —

Verlag des „Sozialdemokrat“
(A. Dettler, Industrieallee, Riesa-Büch.)
In unserem Verlage ist erschienen und durch uns sowie durch die Volksbuchhandlung in Döttingen zu beziehen:
Programmroschüre
(Was die Sozialdemokraten sind u. was sie wollen).
1/2 Bogen 8° Broch.
Preis per Einzelcopy: 10 Cts. für die Schweiz
10 Pfg. Deutschland
gegen Baarvorauszahlung unter Beilage des Porto.
Bei größeren Partien entsprechender Rabatt.
Ferner:
Das Parteiprogramm.
(In Einzelabzug — neueste Auflage.)
Preis per Exemplar: 1 Cent. für die Schweiz
1 Pfg. Deutschland.
Das Porto ist der Baarvorauszahlung beizufügen.
Ferner empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in unterhaltenden und belehrenden Schriften.
Kataloge werden gratis versandt.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein
49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.
Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten.
I. A.: Der Sekretär:
G. Lemko.